



In dieser Kirche in Uster wurde 1917 die EVP gegründet

100 Jahre EVP



Am Anfang der Partei standen sechs Männer, davon vier protestantische Pfarrer

■ MARGRIT WÄLTI, HENGGART

«Herzliche Gratulation zum 100. Geburtstag». Diesen Glückwunsch hörte man vor 100 Jahren sehr selten. Der EVP darf man ab 4. März 2017 zum 100-jährigen Jubiläum gratulieren.

Das Zürcher Volk beschloss zwei Jahre vor der Eidgenossenschaft, am 10. Dezember 1916, die Wahl des Kantonsrates im Proporzwahlverfahren durchzuführen. Dies ermöglichte auch kleineren Gruppen den Einzug in das Kantonsparlament. Schon einen Monat später trafen sich sechs evangelisch gesinnte Männer, um die Vorarbeiten für eine Parteigründung zu besprechen. Und zwei Monate später, am 4. März 1917, gründeten 75 Männer die «Protestantisch-christliche Partei des Bezirkes Uster». Mit dabei waren Bauern, Arbeiter, Akademiker, Handwerker und Angestellte. Etwas später erst nahm die Partei den heutigen Namen «Evangelische Volkspartei» an. Das wichtigste Ziel der Parteigründer war, eine sozial gerechtere Wirtschaftsordnung anzustreben. Im politischen Handeln sollte christliche Verantwortung und Bruderliebe das Leitmotiv sein. Materialistische oder marxistische Ideen wurden abgelehnt. Bald folgten weitere Bezirksparteien. Schon 4 Monate nach der Gründung wurden Pfr. Heinrich Bühler aus Uster und Ferdinand Oberholzer aus Wald in den Kantonsrat gewählt. Die EVP zeichnete sich durch eine echte Zusammenarbeit über alle kirchlichen Grenzen hinweg aus.

1919 wurde das Proporzsystem in der ganzen Schweiz eingeführt. Dies führte zur Gründung weiterer EVP-Gruppen in anderen Kantonen.

Der erste Zürcher Nationalrat, Dr. med. Hans Hoppeler, vertrat die EVP von 1919 bis 1939 in Bern. Nach ihm blieb die Zürcher EVP fast durchgehend mit einem und zweitweise mit zwei Mitgliedern im Nationalrat vertreten. Es gäbe viel zu berichten über die aktive Ratsarbeit der EVP-Nationalräte. Ein Name soll speziell erwähnt werden. Paul Ziegerli, von 1943 – 1956 im Amt, leistete einen unentwegten Einsatz für den Schutz unserer gefährdeten Gewässer, lange bevor man über Umweltschutz sprach. Man kann ihn somit als Vater des Gewässerschutzgesetzes bezeichnen.

Nach der Einführung des Frauenstimmrechts 1971 wurde Leni Oertli aus Bülach als erste EVP-Frau in den Zürcher Kantonsrat gewählt. Die

EVP-Fraktion, der gegenwärtig 8 Mitglieder angehören, hat sich als stabile und ausgleichende Kraft etabliert. Die EVP hat auch massgeblich zur neuen Zürcher Verfassung von 2005 beigetragen. In vielen Gemeinden und Bezirken sind Mitglieder in Schul- und Sozialbehörden aktiv, als Richter oder Richterinnen, auch als Gemeinde- oder Stadtpräsidenten oder -präsidentinnen. Sie setzen sich in allen Politikbereichen ein, schergewichtig in der Bildungs-, Umwelt- und Sozialpolitik sowie im öffentlichen Verkehr.

Seit 100 Jahren arbeiten unzählige EVP-Mitglieder konstruktiv, sachbezogen und mit ehrlichem Engagement für das Gemeinwohl. Sie sind bereit, ihre christliche Grundhaltung auch in Zukunft in den politischen Alltag einzubringen.

EDITORIAL



Johannes Zollinger

EVP-Kantonalpräsident,
Wädenswil

Liebe Leserin, lieber Leser

Wir feiern 100 Jahre EVP Kanton Zürich unter dem Motto «Mit Volldampf in die Zukunft». Wir blicken dankbar zurück und zuversichtlich nach vorn. «Erfolg ist das Ergebnis von guter Einschätzung, gute Einschätzung das Ergebnis von Erfahrung und Erfahrung das Ergebnis von schlechter Einschätzung» meinte ein Unternehmensberater. In ihrer Geschichte hat die EVP politisch vieles richtig eingeschätzt. Bereits 1944 forderte sie den Schutz unserer Gewässer und warnte 1957 vor bleihaltigem Benzin. Auch heute ist sie aktiv: Initiativen für Beibehaltung der Biblischen Geschichte, Schutz der Uferwege, Erbschaftssteuer oder Klassengrössen zeugen davon. Die EVP wirbt nicht mit Schlagworten. Im Schatten der Auseinandersetzungen zwischen den Blöcken leistet sie unverzichtbare Arbeit. Auch die nächsten 100 Jahre. Feiern Sie mit uns!



Nein zum Unternehmenssteuerreformgesetz III (USR III)

Zu viel Selbstbedienung zugunsten der bürgerlichen Klientel



Mark Wisskirchen
EVP-Stadtrat und
Finanzvorstand, Kloten

Internationale Statusgesellschaften (Holdings, Domizil- und gemischte Gesellschaften) geniessen Steuerprivilegien, die internationalen Standards widersprechen. Diese müssen gemäss OECD daher aufgehoben werden. Um die Statusgesellschaften nicht ans Ausland zu verlieren, sollen sie andere Vorteile erhalten. Bei deren Ausgestaltung ist das bürgerlich dominierte Parlament zu weit gegangen und hat das Fuder überladen.

Im internationalen Steuerwettbewerb hat die Schweiz in der Vergangenheit sehr erfolgreich operiert. So ist es ihr gelungen, 24 000 Statusgesellschaften anzusiedeln, die ihrerseits 150 000 Arbeitsplätze anbieten. Dem Bund bringen sie jährlich Steuereinnahmen von 5 Milliarden Franken und damit gleich viel wie die direkte Bundessteuer der übrigen Steuerpflichtigen.

«Die EVP verlangt eine steuerneutrale Lösung. Dafür genügt es, die vorgesehenen massiven Abzugsmöglichkeiten auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren.»

Mittel zu dieser erfolgreichen Ansiedlungspolitik waren unter anderem Steuerprivilegien. Diese werden aber international so nicht mehr toleriert. Mit dem Unternehmenssteuerreformgesetz III (USR III) werden deshalb die bisherigen Privilegien abgeschafft. Darüber besteht sogar Einigkeit, wie auch über die Notwendigkeit einer Reform.

Werden die Privilegien ohne flankierende Massnahmen aufgehoben, wird jedoch befürchtet, dass die meisten Statusgesellschaften die Schweiz verlassen. Die Gleichbehandlung mit den übrigen Unternehmen ist ihnen zu teuer. Was tun, um sie hier zu behalten? Über die Ausgestaltung der neuen Regeln und die damit verbundenen Steuerausfälle wird heftig gestritten. Die Ausgestaltung obliegt den Kantonen in dem vom Bund vorgegebenen Rahmen. Auf Details können wir an dieser Stelle nicht eingehen. Die EVP betrachtet die zu gewärtigenden Steuerausfälle von 2,7 Mrd. Franken indessen als viel zu hoch, zumal sie auch Städte und Gemeinden stark treffen. Sie verlangt eine steuerneutrale Lösung. Dafür genügt es, die vorgesehenen massiven Abzugsmöglichkeiten auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren. Ein NEIN am 12. Februar macht den Weg dazu frei. An der Delegiertenversammlung entfielen auf diese Parole 72:4 Stimmen.



Wie man auch rechnet, das USR III geht für Kantone und Gemeinden nicht auf

IN KÜRZE

Am 19. November 2016 ist **Fritz Jauch**, Dübendorf, **verstorben**. Er hat die EVP über Jahrzehnte aktiv mitgeprägt und dabei bedeutende Ämter innegehabt: Gemeinderat, Gemeinderatspräsident, Kirchenpflegepräsident, Synodale, Kantonsrat, Kantonsratspräsident und auch Kantonalparteipräsident. Wir behalten ihn in dankbarer Erinnerung.

Die DV der Kantonalpartei hat bereits zu den kantonalen **Abstimmungsvorlagen vom 21. Mai 2017** Stellung genommen. Ihre **Parolen** lauten: Ja zur Volksinitiative «Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule», Ja zum Gesetz über das Kantonsspital Winterthur, und Ja zum Gesetz über die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland. Wir werden die Haltung der EVP zu diesen drei Vorlagen im nächsten EVPinfo begründen.

Claudia Rabelbauer, Zürich, wurde als **EVP-Kreisschulpfegerin** gewählt. Sie ist als Präsidentin der Stadtpartei Zürich zurückgetreten. Dort übernimmt **Ernst Danner** die Führung. Hptm. Dr. iur. **Sven Zimmerlin**, bisher Hauptabteilungsleiter Ermittlung der Stadtpolizei Winterthur, Gossau, wurde als **Oberjugendanwalt** und als stv. Amtschef des Bereichs Jugendstrafrechtspflege gewählt.

Bei den **Bezirksratswahlen 2017–2021** wurden zwei EVP-Mitglieder in stiller Wahl bestätigt. Für die EVP Andelfingen wurde **Christina Furrer**, Sekundarlehrerin und RPK-Mitglied in Henggart, als Bezirksrats-Ersatzmitglied gewählt. Sie löst das EVP-Mitglied **Christina Leutenegger-Meier** aus Uhwiesen ab. Im Bezirk Pfäffikon wurde **Hans Rudolf Kocher**, dipl. Gemeindefschreiber, Hittnau, als Statthalter wiedergewählt.

Martin Fischer, Sohn von EVP-Kantonsrat **Gerhard Fischer**, Bäretswil, arbeitet auch politisch. Als Präsident einer **Waldkorporation** ist es ihm fünf Jahre nach einer gescheiterten Melioration gelungen, eine «Melioration light» abzuschliessen. Grosse Waldstücke konnten so zusammengelegt werden.

ANZEIGE

Huwa

Sanftes Waschen – Ihrer Wäsche zuliebe

R. HUNZIKER AG
Waschmaschinenfabrik
5728 Gontenschwil

Tel. 062 773 11 70
www.huwa.ch

Hunger
in Nordkorea
Versorgen Sie ein Kind ein Jahr lang mit Brot, Sojamilch und Liebe für 50 CHF.

AKTION FÜR VERFOLGTE CHRISTEN UND NOTLEIDENDE **AVC**

klare worte. starke taten.

AVC Kurzporträt 1 min.

AVC | steht verfolgten Christen bei
AVC | hilft Notleidenden
AVC | macht Jesus Christus bekannt

AVC | www.avc-ch.org
Tel. +41 (0)32 356 00 80
facebook.com/avcschweiz
Postkonto 25-11156-1
UBS Biel, CHF39 0027 2272 5267 2842 0

Ja zur erleichterten Einbürgerung der dritten Ausländergeneration

Die Enkel der Einwanderer unterscheiden sich kaum von «echten» Schweizern



Marianne Streiff
EVP-Nationalrätin,
Urtenen BE

Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist einfach: Ist es gerecht, die erste und dritte Generation im Einbürgerungsverfahren gleich streng zu behandeln? Ich finde: Nein! Jugendliche, deren Grosseltern schon in der Schweiz gelebt haben, die hier aufgewachsen sind und sich hier zuhause fühlen, sollen deshalb einfacher das Bürgerrecht erhalten.

Dabei handelt es sich keineswegs um einen Ausverkauf des Bürgerrechts. Und es gibt auch in Zukunft keine automatische Einbürgerung. Vielmehr sollen junge Menschen, die nichts von ihren Schweizer Altersgenossen unterscheidet, unkompliziert das Schweizer Bürgerrecht erwerben können. Sie gehören zu uns und geben unserem Land den Schwung, den wir brauchen, um voranzukommen.

Die neue Bundeslösung tritt an die Stelle sehr unterschiedlicher kantonaler Regelungen. Diese Unterschiede lassen sich nicht mehr rechtfertigen. Betroffen von der Änderung werden nur

wenige Jugendliche sein: Schätzungen gehen von 4000 bis 5000 pro Jahr aus. Damit niemand beim Militärdienst kneift, kann ein Gesuch um erleichterte Einbürgerung nur bis zum 25. Altersjahr gestellt werden.

«Ist es gerecht, die erste und dritte Generation im Einbürgerungsverfahren gleich streng zu behandeln?»

Die Delegiertenversammlung der EVP Schweiz hat ohne Gegenstimme JA zur nötigen Verfassungsänderung gesagt.

Ja zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF)

Auch der Strassenverkehr braucht eine gesicherte Finanzierung



Maja Ingold
EVP-Nationalrätin,
Winterthur

Die 5800 km Nationalstrassen mit einem Wiederbeschaffungswert von 350 Milliarden Franken benötigen immer höhere Mittel für den Unterhalt. Der bestehende Infrastrukturfonds soll deshalb neu auch den Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen finanzieren. Der Fonds erhält in diesem Zusammenhang den neuen Namen Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF). Bei einem Ja zum NAF werden zudem 400 km Strassen neu in das Nationalstrassennetz aufgenommen.

Finanziert wird der NAF wie schon der alte Infrastrukturfonds aus der Mineralölsteuer (Anteil 60%; +10%) und einem Zuschlag von 39 Rappen (+ 4 Rp.) auf dieser Steuer sowie aus der Autobahn-Vignette. Neu fließen in den NAF die Auto-Importsteuer und ein Kompensationsbeitrag der Kantone von 60 Mio. Franken. Ab 2020 werden ausserdem auch Elektroautos besteuert. Total stehen für den Strassenbau und -unterhalt künftig jährlich 3 Mrd. Franken zur Verfügung.

Kritische Stimmen bemängeln, dass der Strassenverkehr mit dem NAF allzu üppig profitiere, und dies erst noch zulasten des allgemei-



Schiene und Strasse dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden

nen Bundeshaushalts, dem u.a. Einnahmen aus der Mineralölsteuer entzogen werden. Mit 40 Franken für die Vignette sei auch der Beitrag der Autofahrer zu bescheiden. Schliesslich gibt es auch eine Fundamental-Opposition, welche darauf hinweist, dass mehr Strassen auch mehr Verkehr verursachen.

Die EVP nimmt diese Stimmen ernst. Sie hat jedoch stets betont, dass Schiene und Strasse nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Um die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft auch nur einigerma-

ssen zu befriedigen, brauchen wir beides. 2014 haben die EVP sowie Volk und Stände zudem Ja gesagt zum Fonds für den Ausbau der Bahninfrastruktur (Fabi). Der Fabi stellt die Planung und Finanzierung der Bauten für den Schienenverkehr sicher. Mit dem NAF erhält nun der Strassenverkehr eine vergleichbare Finanzierungsgrundlage. Sodann hat die EVP die Milchkuh-Initiative, die den Strassenverkehr stark privilegiert hätte, abgelehnt. Jetzt bleibt sie konsequent und sagt JA zum NAF. Die JA-Parole ist von der Delegiertenversammlung mit 48 Ja zu 35 Nein beschlossen worden.

Ja zur Initiative «Faires Wahlrecht für Züri»

Demokratie für alle – nicht nur für die einen!



Ernst Danner
EVP-Stadtparteipräsident,
Zürich

5200 Wahlberechtigte blieben 2014 in Zürich bei der Gemeinderatswahl ohne Stimme. Eine Initiative will das ändern. Am 12. Februar wird abgestimmt.

Von den etwas mehr als 400 000 Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Zürich sind rund 225 000 stimmberechtigt. 94 000 von ihnen nahmen 2014 an der Gemeinderatswahl teil. Bei 125 Sitzen ergibt sich eine einfache Rechnung: $94\,000:125 = 752$. Wenn also 752 Wahlberechtigte eine Partei wählen, erhält diese einen Sitz im Gemeindeparlament.

Die Realität sieht aber anders aus. Für die EVP stimmten über 2300 Personen. Sie hätte demnach 3 Sitze erhalten sollen. Trotzdem ging sie leer aus, weil ihr zur Überwindung der 5%-Hürde 2 Wahlzettel fehlten.

Jede Stimme soll zählen!

Die überparteiliche Volksinitiative «Faires Wahlrecht für Züri – jede Stimme zählt!» will dies ändern. Wie bei Abstimmungen soll auch bei Wahlen jede abgegebene Stimme zählen. Das nennt man Erfolgswertgleichheit. Es darf nicht sein, dass einzelne Stimm- oder Wahlzettel ausser Betracht fallen. Es darf also kein Wahlzettel bildlich gesprochen im Papierkorb landen.

Das verquere Quorum

Die 5%-Hürde hat aber genau diese Wirkung. Sie besagt, dass eine Partei nur dann in den Gemeinderat kommt, wenn sie in mindestens einem Wahlkreis mindestens 5% der Stimmen macht. 2014 mussten deshalb die Wahlzettel von 5200 EVP- und andern Wählerinnen und



Das Plakat bringt das Anliegen auf den Punkt

Wählern entsorgt werden. Sieben Gemeinderatssitze gingen an Parteien, denen sie aufgrund ihres Wähleranteils gar nicht zustehen. Dass die 5200 Wahlzettel unberücksichtigt blieben, steht im krassen Widerspruch zum Grundsatz, dass alle abgegebenen Stimmen bei der Auszählung gleichwertig zu berücksichtigen sind.

«Wie bei Abstimmungen soll auch bei Wahlen jede abgegebene Stimme zählen.»

Mutiges Ja zu Vielfalt statt Angst vor Zersplitterung

Die Stadt Zürich ist die einzige Parlamentsgemeinde im Kanton, in der die 5%-Klausel ihr Unwesen treibt. Sogar Winterthur hat mit 60 Parlamentssitzen einen einzigen Wahlkreis und damit keine Hürde. Die Hürde stammt aus Deutschland, wo Angst vor «Zersplitterung» herrscht. In der Schweiz hat sie nichts zu suchen. In unserer direkten Demokratie können alle mitbestimmen, und im Parlament sollen

alle vertreten sein. Es muss niemand diskriminiert werden, weil er zu klein ist. Der Gemeinderat von Zürich hat bereits mehrfach bewiesen, dass er funktioniert, auch wenn kleine Parteien darin vertreten sind oder wenn einzelne Mitglieder sich von ihren Parteien trennen. Was sich in andern Zürcher Städten bewährt hat, wird auch in Zürich funktionieren.

Mutiges JA zu mehr Fairness bei Wahlen

Die Schweiz mit ihrer Jahrhunderte alten Demokratie-Erfahrung braucht keine Sperrklauseln. Sie funktioniert mit einer riesigen Zahl von Beteiligten. Diese Vielfalt ist der Reichtum unseres Landes. Sagen wir deshalb am 12. Februar JA zu Vielfalt und Innovation im Zürcher Parlament und damit JA zur Initiative «Faires Wahlrecht für Züri!»

BEHÖRDENMITGLIED



Ruedi Rüfenacht

Stadtpresident, Wetzikon

Ich bin EVP-Behördenmitglied, weil ...

- ... es mir Freude macht, mich mit Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen auszutauschen und so neue Erfahrungen zu machen
- ... ich damit die Entwicklung unserer Stadt, meines Lebensraums und der Umwelt direkt mitgestalten kann
- ... ich meinen Beitrag leisten will zum Erhalt und der Weiterentwicklung der Demokratie und des Zusammenlebens unserer Gesellschaft in der Schweiz.

ANZEIGE

Familienferien, Gruppenaufenthalte und Seminare im CVJM Zentrum Hasliberg.
www.cvjm-zentrum.ch, info@cvjm-zentrum.ch

Berggenuss schon ab CHF 98.00 pro Person / Nacht mit Halbpension

Bergbahnen / ÖV gratis
Hotel-Skipass im Winter nur 35.00

silserhof
7515 Sils-Baselgia (Engadin)

Stadtratsersatzwahl in Winterthur – jetzt die Chance nutzen!

Die EVP will mit der «Löwin» Barbara Huizinga in den Stadtrat zurückkehren



Lilian Banholzer
EVP-Fraktionspräsidentin
im Grossen Gemeinderat
Winterthur

Die Stadtratsersatzwahl im Februar wird eine spannende Sache. Nicht weniger als fünf Kandidatinnen und Kandidaten buhlen um den einzigen Sitz.

Am 12. Februar findet in Winterthur für den zurückgetretenen grünen Stadtrat Matthias Gfeller eine Ersatzwahl statt. Die Wahl verspricht spannend zu werden, stellen sich doch fünf Personen aus fünf verschiedenen Parteien zur Verfügung. Auch die EVP will die Chance dieser Wahl nutzen und mit einer eigenen Kandidatur den Anspruch auf den 2010 mit dem Rücktritt von Maja Ingold verlorenen Sitz im Stadtrat bekräftigen. Damit zeigen wir, dass die EVP als Partei der Mitte nach wie vor ein gewichtiges Wort in der Winterthurer Politik mitreden will und können uns in der Öffentlichkeit als Alternative zu den Links- und Rechtsparteien positionieren.

Mit der 36-jährigen Barbara Huizinga-Kauer hat die EVP Winterthur eine junge Kandidatin, die schon lange in der Partei aktiv ist und sich in verschiedenen Gremien auf lokaler und nationaler Ebene engagiert. Barbara Huizinga arbeitet als Pflegefachfrau, ist verheiratet und hat zwei schulpflichtige Kinder. Kirchlich verankert ist sie in der Heilsarmee. Seit gut zwei Jahren vertritt sie die EVP im Gemeinderat und hat sich in dieser kurzen Zeit einen Namen als kompetente und lösungsorientierte Politikerin gemacht. Sie steht mit voller Überzeugung hinter der Politik

«Barbara Huizinga steht mit voller Überzeugung hinter der Politik der EVP und wird unserer Partei im Wahlkampf ein Gesicht geben.»



Die ehemalige Winterthurer EVP-Stadträtin Maja Ingold wünscht Barbara Huizinga-Kauer viel Erfolg

der EVP und wird unserer Partei nun im Wahlkampf ein Gesicht geben.

«Eine verlässliche Löwin für Winterthur»

Dieser Slogan auf den Wahlplakaten und Flyern von Barbara Huizinga macht neugierig. Natürlich ist der Löwe das Wappentier von Winterthur, aber eine Löwin? Sie selber meint dazu: «Das Bild der Löwin passt gut zu mir. Sie hat viele Eigenschaften, die auch auf mich zutreffen:

- Eine Löwin hat Biss: In Familie, Beruf und Politik bin ich stabil verankert und damit für die vielseitigen Herausforderungen im Stadtrat gerüstet. Ich verstehe es, Prioritäten zu setzen, effizient zu führen und mit Ausdauer die gesteckten Ziele zu verfolgen.
- Eine Löwin ist auf Samtpfoten unterwegs: Ich kenne keine Berührungssängste. Empathie und Wertschätzung jedem Mitmenschen gegenüber sind mir wichtig. Schon von Berufes wegen bin ich nahe am Puls der Menschen und kenne ihre Bedürfnisse.
- Die Löwin hat aber auch immer ihr Rudel im

Auge: Das bedeutet für mich, tragfähige Lösungen über Parteigrenzen hinweg zu suchen. Der Massstab meines Handelns ist Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Menschenwürde. Ich kann gut zuhören und dann im Gespräch gemeinsame Wege suchen.»

Die EVP Winterthur wird zusammen mit der Kandidatin im Januar und Februar einen intensiven Wahlkampf führen, um die Menschen in Winterthur zu überzeugen, dass mit Barbara Huizinga eine echte Alternative in der politischen Mitte besteht. Das wird nicht einfach werden, sind doch die Kandidatin der SP, sowie die Kandidaten der Grünen, der GLP und der SVP schon länger auf dem politischen Parkett aktiv und darum auch (noch) bekannter. Aber die Winterthurer Partei ist überzeugt, mit Barbara Huizinga eine Vertreterin in den Wahlkampf zu schicken, welche der EVP einen sympathischen und kompetenten Auftritt verschafft und sich damit als Winterthurer Stadträtin empfiehlt.

VORSTÖSSE IM KANTONS RAT

Begleitetes Wohnen

Markus Schaaf will Auskunft über den Bedarf und die Finanzierung von begleitetem Wohnen für Menschen mit Behinderung (2016 196).

Steuererklärungen

Walter Meier verlangt, dass auch für juristische wie bereits für private Personen Steuererklärungen online oder auf dem PC erstellt und die Vorjahreszahlen übernommen werden können (2016 258).

Pellet-Heizungen

Daniel Sommer, Markus Schaaf und Gerhard

Fischer fordern, dass Pelletheizungen nicht benachteiligt werden (2016 278).

A4-Ausbau

Markus Schaaf verlangt Auskunft über den Rückbau von Lärmschutzmassnahmen beim Ausbau der A4 im Weinland und die Lärmzumutung für Anwohnerinnen und Anwohner (2016 313).

Spitalentwicklung

Markus Schaaf will Details zur Mengen- und Kostenentwicklung der Spitäler aus Zusatzversicherungen in Erfahrung bringen (2016 333).

Mitarbeitendengespräche

Hanspeter Hugentobler verlangt wirksame Mitarbeitendengespräche in der Volksschule im Rahmen der Zielvereinbarungsgespräche zwischen Schulleitung und Lehrpersonen (2016 344).

Unternehmenssteuerreform III

Daniel Sommer will Auskunft über offene Fragen zur Unternehmenssteuerreform III und deren Auswirkungen auf Staat und Gemeinden (2016 359 und 2016 390).

(pr) Details: www.kantonsrat.zh.ch

Nur eine oder zwei Fremdsprachen an der Primarschule

Unterschiedliche Meinungen in der EVP zur Fremdspracheninitiative

(ps) Ein stark in der EVP verankertes Initiativkomitee um alt Bildungsrat Hanspeter Amstutz will die Primarschule von einer der beiden Fremdsprachen befreien. Im Nein-Lager finden sich ebenfalls zahlreiche EVP-Bildungspolitiker. Das EVPinfo gibt heute beiden Seiten Gelegenheit, ihre Argumente darzulegen. Am 21. Mai 2017 wird abgestimmt. Die JA-Parole der EVP-Delegiertenversammlung wird im nächsten EVPinfo begründet.



Verschwindet eine der Fremdsprachen aus der Primarschule?

Gestaffelt kommen wir besser ans Ziel



Thomas Ziegler
alt EVP-Kantonsrat,
Elgg

Kurz nachdem der Beginn des Französisch- und Englischunterrichts in die Primarschule verlegt wurde, dies gestützt nur auf Gutachten ohne Praxisbezug, war die Fremdsprachenfrage schon einmal Thema einer Volksabstimmung. Im Vertrauen auf erfahrene Praktiker stand die EVP, im Gegensatz zu den Lehrerverbänden, damals schon klar für nur eine Fremdsprache in der Primarschule ein.

Nach mehr als 10 Jahren Erfahrung ist Ernüchterung eingetreten: **80 Prozent der Lehrkräfte aller Stufen unterstützen nun aufgrund ihrer Unterrichtserfahrungen die Rückverlegung einer Fremdsprache**

«80 Prozent aller Lehrkräfte unterstützen aufgrund ihrer Unterrichtserfahrungen die Rückverlegung einer Fremdsprache in die Oberstufe»

in die Oberstufe – aber keineswegs deren Abschaffung, wie immer wieder suggeriert wird. Neue wissenschaftliche Untersuchungen, die auf Erfahrungswerten basieren, belegen, dass das fremdsprachliche «Kurzfutter», das notgedrungen in der Primarschule geboten werden muss, nicht nachhaltig ist. Weniger als die Hälfte aller Sechstklässler erreichen gemäss einer Studie aus der Zentralschweiz, wo man im Gegensatz zu Zürich den frühen Fremdsprachenunterricht evaluiert hat, die einfachen Zielsetzungen im Französischunterricht nicht. Auch die Illusion, dass kleine Kinder schneller Fremdsprachen lernen als ältere, ist längst verflogen – empirisch und wissenschaftlich belegt. Ein Unterricht, an dessen Wirkung man aufgrund eigener Erfahrung nicht glaubt, ist reiner Symbolunterricht ohne Nutzen. Die EVP tut deshalb gut daran, an ihrem Nein und damit an einer **Bildungspolitik** festzuhalten, die **pädagogische Gründe** höher wertet als finanzielle oder politische.

Offensichtlich ist das Fremdsprachenkonzept teilweise gescheitert. **Das richtige Ziel, «zwei Fremdsprachen gleich gut nach der obligatorischen Schulzeit», kann besser erreicht werden, wenn es gestaffelt – in der zweiten Fremdsprache intensiv in der Sekundarschule – angepeilt wird.** Die Primarschule erhält so wieder mehr Zeit, ihre Bildungsziele in den Fächern Deutsch und Naturwissenschaften, in denen die Schweiz mit jedem PISA-Test weiter ins Hintertreffen gerät, zu erreichen.

Deshalb: **JA zu mehr Qualität!**

Vier Gründe für ein NEIN



Hanspeter Hugentobler
EVP-Kantonsrat, Schulpräsident und Gemeinderat,
Pfäffikon

Weil 20% der Kinder mit Fremdsprachen Mühe haben, machen wir etwas, das bei andern Fächern nie in Frage kommen würde: Wir kapitulieren und bestrafen die 80%, die mit den Fremdsprachen keine Mühe haben. Dagegen wehre ich mich aus 4 Gründen:

1. NEIN zu Rückwärtsgang bei der Harmonisierung

2006 hat das Volk an der Urne Ja gesagt zur Harmonisierung der Volksschulen. Das Zügeln von Kanton zu Kanton sollte so erleichtert werden. Zur Harmonisierung gehören 2 Fremdsprachen in der Primarschule, nämlich Englisch ab der 3. und Französisch ab der 5. Klasse.

«80% der Eltern verlangen Englisch an der Primarschule. Französisch statt Englisch an der Primarschule – das will im Ernst niemand!»

2. NEIN zu Qualitätseinbusse bei der Volksschule

In der mehrsprachigen Schweiz gehören Englisch und Französisch zur Grundbildung. Französisch allein genügt weder national noch global. Wenn nur noch Kinder vermöglicher Eltern privat rechtzeitig Englisch lernen, sehe ich darin ein Versagen der Volksschule.

3. NEIN zu Qualitätsminderung des Fremdsprachenunterrichts

Der Lehrplan 21 – der von den gleichen Kreisen bekämpft wird – sieht eine Verstärkung des Deutsch-, Französisch- und Englisch-Unterrichts vor. U.a. ist auch ein verbessertes Französisch-Lehrmittel vorgesehen. Diese Bemühungen dürfen nicht torpediert werden.

4. NEIN zu Französisch statt Englisch

Streicht der Kanton Zürich eine Fremdsprache, sorgt der Bund dafür, dass Englisch geopfert wird. 80% der Eltern verlangen jedoch Englisch an der Primarschule. Französisch statt Englisch an der Primarschule – das will im Ernst niemand!

Unsere Kinder werden das Jahr 2100 erleben. Die Welt wird dannzumal noch vernetzter und multikultureller sein als heute. Um die Kinder darauf vorzubereiten, brauchen wir eine zukunftsreiche Schule. Wir sagen darum NEIN zu dieser rückwärts gewendeten Initiative.

EVP seit 100 Jahren aktiv in Uster

Die EVP nimmt Verantwortung für die Gesellschaft wahr

(aph/pr) Die EVP Uster feiert nicht nur 100 Jahre im Kanton Zürich, sondern will insbesondere auch die Gegenwart und die Zukunft gesellschaftspolitisch mitprägen. Dabei nimmt sie die christliche Grundhaltung als Wertmassstab für ihr Handeln.

Vor 100 Jahren wurde die EVP in Uster gegründet. In der Stadt Uster ist sie auch heute noch aktiv am politischen Geschehen beteiligt. Philipp Widmer, Präsident der EVP Uster, freut sich über die 100 Jahre. Er will am 28. Oktober 2017 mit einem Gottesdienst und anschliessendem Nachtessen mit der Bezirkspartei zusammen den besinnlichen Teil des EVP-Jubiläums aktiv mitgestalten. «Es ist wichtig, dass wir unsere Grundlagen im Jubiläumsjahr in festlichem Rahmen zum Ausdruck bringen», sagt er. Damit ergänzt die EVP Uster den Festakt der Kantonalpartei vom 25. März 2017 in Pfäffikon. Diese läutet an ihrer Delegiertenversammlung das neue Jahrhundert der EVP mit der Neuwahl des Präsidenten und einer Dampfbahnfahrt unter dem Motto «Mit Volldampf in die Zukunft» ein.

Im Gemeinderat Uster ist die EVP mit Walter Meier und Mary Rauber vertreten. Zusammen mit der GLP (ebenfalls 2 Sitze) sowie BDP und CVP (je 1) bilden sie eine 6er-Fraktion. Mary Rauber will sich hier vor allem «für Leute einsetzen, die selbst keine laute Stimme haben, zum Beispiel Kinder oder Menschen mit Behinderungen, arme Leute und Flüchtlinge». Diese Haltung kommt auch in weiteren Aktivitäten der Fraktion und ihrer EVP-Mitglieder zum Ausdruck. So zum Beispiel im Einsatz dafür, dass die Elternbriefe der Pro Juventute weiter verschickt werden und dass sich Freiwillige für Flüchtlinge engagieren.

Für Gemeinde- und Kantonsrat Walter Meier ist die Zusammenarbeit in der Fraktion sehr angenehm. Jede Gruppe kann eigenständig bleiben und unabhängig politisieren, weil keine im Stadtrat vertreten ist. Das Ustermer Parla-



Für Uster und für die EVP: Parteipräsident Philipp Widmer, Gemeinderätin Mary Rauber, Gemeinde- und Kantonsrat Walter Meier sowie Vizepräsidentin Susanne Keller (v.l.n.r.)

ment, das schon seit 90 Jahren besteht, erachtet Walter Meier als spannend und gut. Und seit Daniel Reuter (EVP) als neuer Parlamentssekretär amtiert, sei auch alles viel transparenter und online abrufbar.

«Mit ihrer Offenheit, von Fall zu Fall Anliegen der linken oder rechten Ratsseite mitzutragen, ist die «EVP oft auch Brückenbauerin und damit Garantin für eine konsensfähige Politik»

Für Susanne Keller, ehemalige Gemeinderätin, ist die «christliche Grundhaltung in der Politik der EVP wichtig». Dies erlaubt eine unabhängige und sachbezogene Politik mit einer verantwortlichen Ethik, die bestehenden Ideologien gegenüber eigenes Profil aufweist. Mit ihrer Position der Mitte und der Offenheit, von Fall

zu Fall Anliegen der linken oder rechten Ratsseite mitzutragen, ist die «EVP oft auch Brückenbauerin und damit Garantin für eine konsensfähige Politik», meint Susanne Keller.

Und wie steht es mit den Finanzen? Dazu meint Walter Meier: «Im Gemeinde- und im Kantonsrat läuft es gleich. Das Ziel einer ausgeglichenen Rechnung darf nicht zum Abwürgen von berechtigten Anliegen missbraucht werden. Solange die Banken uns Geld zu Minuszinsen geben, ist Sparwut nicht angebracht».

Die EVP Uster denkt auch an die Zukunft. Sie tritt ein für eine grüne Lunge dem Aabach entlang, für Velowege und verschiedene Infrastrukturbauten. Dazu Mary Rauber: «Dabei ist mir der respektvolle Umgang miteinander und die Förderung der Vielfalt ein zentrales Anliegen. Bei allen Tätigkeiten muss die Integration von Behinderten beachtet werden».

ANZEIGE

Latin Link
COMMUNITY WITH A CALLING

JAHRE
20
1997-2017

latinlink.ch
facebook.com/latinlinkswitzerland

Massgeschneidert

STEP :: Teameinsatz in Kolumbien
23. Juli bis 13. August 2017

Anmeldung bis
1.5.2017

STRIDE :: Individuelle Einsätze in Lateinamerika
6 Monate bis 2 Jahre

Menschen für die EVP begeistern

Wie die EVP Affoltern ihre Mitgliederbasis gezielt vergrössern will



Daniel Sommer
EVP-Kantonsrat,
Affoltern a.A.

Eine wichtige Grundlage für unsere Neumitglieder-Werbung sind über das Jahr verteilte regelmässige Veranstaltungen.

Mit »Politik mit Feuer« (Politdiskussion mit Grillparty), Jakobsweg-Wanderung und der Präsenz am Chlaus-Märt haben wir Gefässe geschaffen, die mittlerweile einen hohen Bekanntheitsgrad aufweisen und uns als EVP im Dorfleben wahrnehmbar machen. Zu all unseren Aktivitäten gehört die Medienarbeit. Vor dem Anlass wird mit Inserat und redaktionellem Text in der Regionalzeitung geworben und eingeladen. Nochmals ein Bericht mit Bild erscheint dann nach dem Event. Neu ist geplant, dass wir an den Events mit gezielten Werbe-Sets auf unsere Partei aufmerksam machen. Sie bestehen aus Portrait-



Referent am Anlass «Politik mit Feuer» der EVP Affoltern am Albis, Sommer 2016

Flyer, Parteiprogramm, Anmeldetalon für die Mitgliedschaft sowie einem Geschenk aus Massivholz mit EVP-Brandstempel. Parallel zu unseren Massnahmen haben wir vor, alle unsere

Adressen zu überprüfen und mögliche Interessierte persönlich zu kontaktieren. Mit kurz gefassten News-Mails halten wir sporadisch weitere der Partei Nahestehende auf dem Laufenden.

Teures Erbe

Zürich ohne Kirchen?



Peter Ritschard
alt Kantonsrat,
Zürich

Unter dem Titel «Was wäre Zürich ohne seine Kirchen?» lud die EVP-Kreispartei 9 ins Albisriederhaus ein.

Almut Fauser, stellvertretende Projektleiterin «Sakralbauten Zürich», referierte über die Ergebnisse einer Studie, welche sich mit dem künftigen Schicksal der Stadtzürcher Kirchen befasst. Vorstandsmitglied und alt Gemeinderat Pfr. Gery Bosshard führte schwungvoll durch den Abend. Die Untersuchung der Sakralbauten erfolgte u.a. auch im Hinblick auf die geplante Fusionierung der 34 reformierten Kirchgemeinden zu einer Kirchgemeinde Stadt Zürich.

Bis in die siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts wurden in der Stadt Zürich noch neue kirchliche Bauten erstellt. Von da an nahm aber die reformierte Bevölkerung kontinuierlich ab. Daher wurden Entscheidungsgrundlagen erarbeitet für eine Transformation durch Sanierung, Umbau, Neubau oder Mehrnutzung. Die Methode ist anspruchsvoll, werden doch Liegenschaftsentwicklung und Ökonomie miteinander

verbunden. Bei den Kirchen kam der «Kirchliche Potenzialnutzen» dazu, das heisst: Wieviel Wert sind uns die Kirchen? In einem Raster wurden mit grossem Aufwand die architektonische, städtebauliche und Erschliessungsqualität und der Quartiernutzen erfasst. Das Resultat liegt in Buchform den Behörden vor. Eine Kirchgemeinde Stadt Zürich ist eine grosse Herausforderung, um eine kirchliche Liegenschaftenstrategie für die vielen ehemals selbstständigen Gemeinden zu entwerfen.

«Sollte aber der möglichst uneingeschränkte Zugang für die vielen Touristen nicht höher gewertet werden als die Stille für wenige?»

Zu reden gab auch der neuerdings erhobene Eintritt fürs Fraumünster. Dieses informierte, dass dies zur Erreichung von mehr Stille für Betende geschehe und zur Deckung des dadurch entstehenden Mehraufwands fürs Personal. Also keine Idee, um Mehreinnahmen zu generieren. Sollte aber der möglichst uneingeschränkte Zugang für die vielen Touristen nicht höher gewertet werden als die Stille für wenige? Sie könnten auf die Wasser- oder Predigerkirche verwiesen werden.



Sakralbauten in Zürich sind teuer

Glaube verändert

Michael Girgis, Co-Rektor am Institut für Gemeindebau und Weltmission IGW



Renato Pfeffer
EVP-Jugendbeauftragter, Richterswil

Michael Girgis schaut nicht nur auf 25 erfolgreiche Jahre IGW (Institut für Gemeindebau und Weltmission) zurück. Mit einer Rekordzahl von neuen Studierenden will der neue Co-Rektor den Kirchen Theologie für die Praxis näherbringen. Die Kirche muss sich verändern – und sie muss auch die Gesellschaft mitgestalten.

Seit 2001 arbeitet Michael Girgis am IGW, seit September 2016 ist er neuer Co-Rektor. Seit einer Studienreform setzt das IGW den Schwerpunkt auf Theologie für die Praxis. Ausgangslage war die Frage, welche Kompetenzen in der Gemeindegarbeit gebraucht werden. Auf diesen Überlegungen wurde der Studiengang 2015 neu aufgebaut.

In der Veränderung setzt Michael Girgis den Schwerpunkt: Die Kirche muss sich verändern – und sie soll wiederum die Gesellschaft verändern. Das fängt beim Einzelnen an. Darum ist auch die eigene Persönlichkeit und Entwicklung der Studierenden sehr wichtig. Die künftigen Diakone und Jugendarbeiter sollen sich von Gott verändern lassen. Sie sollen befähigt werden, Neues zu wagen. Organisationen und

ZUR PERSON

Michael Girgis, 1970, Bülach
verheiratet mit Rahel, 3 Kinder
www.igw.edu



Michael Girgis leitet das IGW seit 2016

Kirchen sollen sich von innen her verändern. Das Studium am IGW ist darum dual aufgebaut: neben der Theorie wird während der Studienzeit grosser Wert auf die praktische Arbeit gelegt. Von den momentan 330 Studierenden haben 132 ihr Studium im September 2016 aufgenommen.

«Kirche und Politik haben dasselbe Ziel: sie müssen sich zum Wohl der Welt einsetzen»

Was ist die Aufgabe der Kirche? Worauf müssen die Studierenden vorbereitet werden? Die Kirche ist zum Wohl der Welt da. Durch die Nächstenliebe soll dem anderen geholfen werden. Auf die Frage, was denn die Aufgabe der Politik sei, sagt Girgis: «Die Politik hat dasselbe Ziel: sie muss sich zum Wohl der Welt einsetzen.» Zentral ist die Menschenwürde. Menschenhandel und Bewahrung der Schöpfung sind kirchliche und politische Themen, so Girgis, der auch in der EVP Mitglied ist. Er warnt aber

auch vor einer zu schmalen Privatethik. Gerade Gruppen, welche in den meisten Kirchen nicht so willkommen sind, darf man sich nicht verschliessen. Die Kirche darf sich von der Gesellschaft nicht abkapseln. Religion ist nicht Privatsache. Wenn die Kirche die Gesellschaft aktiv mitgestaltet, dann hat sie Zukunft und ist kein Auslaufmodell. Dafür setzt sich das IGW in Zusammenarbeit mit Verbänden und Werken leidenschaftlich ein – für die «Zukunft der Kirche – die Kirche der Zukunft».

STATEMENT



Markus Schaaf

EVP-Kantonsrat, Zell/Rämismühle

«Wir wollen weiterhin ein Tierschutz-Gesetz und kein Tierhalter-Gesetz»

Markus Schaaf wehrt sich im Kantonsrat gegen das Ansinnen, dass das Veterinäramt gegenüber Tierhaltern zurückgebunden werden soll.

EVP-Wettbewerb – Gewinnen Sie



Als Preis winken 2 Übernachtungen mit Halbpension im Hotel Alpina in Adelboden für 2 Personen.

Lesen Sie das EVPinfo aufmerksam durch und beantworten Sie nachstehende Fragen:

Frage 1: Wann feiert die EVP Kanton Zürich ihren 100. Geburtstag? (Seite 7 und 12)

Frage 2: Wann wird über die VI «Faires Wahlrecht für Züri» abgestimmt? (Seite 4)

Absender (Name, Vorname, Ort, Tel.):

Gewinnerin

Ausgabe Nr. 145:
Elisabeth Pfenninger,
Bassersdorf

Einsendeschluss:
Ende Februar 2017

Senden an: EVPinfo,
c/o EVP Kanton Zürich,
Josefstr. 32, 8005 Zürich,
Fax 044 271 43 03,
sekretariat@evpz.ch

Baugenossenschaft Josefstrasse 32
 Josefstrasse 32, 8005 Zürich
 Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03, sekretariat@bgj32.ch

Kienast
 Immobilien Verwaltung

Walter Kienast
 Marktgasse 66
 8400 Winterthur
 Tel. 052 202 15 21
 kienast-sport@bluewin.ch

gndruck ag
 good news druck

Offsetdruck
 Digitaldruck

Wir machen schön Druck!

Kasernenstrasse 4 T 044 860 61 40 info@gndruck.ch
 8184 Bachenbülach F 044 860 61 92 www.gndruck.ch

Nachhaltig, behaglich bauen – mit Schuler Holzbausystem

Das von uns entwickelte und in Rothenthurm produzierte Massivholzsystem ermöglicht technisch, wirtschaftlich und gestalterisch hervorragende Holzbaulösungen für Neubauten, Aufstockungen und Anbauten. Auch astfreie Holzoberflächen, aus Schweizer Nadelholz, formaldehydfrei verleimt.

Pius Schuler AG, 6418 Rothenthurm, Tel. 041 839 80 80, Kontakt: gerhard.gysel@pius-schuler.ch

Wahrhafte Qualität.

daniel sommer holzwerkstatt
 8911 Rifferswil · sommerholz.ch

Erholsame Winterferien

alpina-adelboden.ch

Ferien- und Familienhotel Alpina
 Flecklistrasse 40
 CH-3715 Adelboden
 Tel. +41 (0)33 673 75 75
 info@alpina-adelboden.ch
 www.

Adelboden Frutigen
 refi HOTELS

Wettbewerbsfähig bleiben, Arbeitsplätze sichern!

Ein ausgewogener Kompromiss für eine wettbewerbsfähige Schweiz

In der Schweiz gibt es rund 24'000 international tätige Firmen. Sie profitieren bisher von steuerlichen Sonderregelungen. Doch diese Bestimmungen sind im Ausland nicht länger akzeptiert und müssen abgeschafft werden. Mit der Steuerreform können die wichtigen international tätigen Firmen am Standort Schweiz gehalten werden – und mit ihnen Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und Investitionen.

Die Steuerreform ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft und bringt Wohlstand für alle:

- + sichert 150'000 Arbeitsplätze und Aufträge für KMU
- + stärkt den Forschungs- und Werkplatz
- + sichert Steuereinnahmen von über 5 Mrd. Franken
- + stärkt Kantone und den Föderalismus
- + stärkt die Schweiz



Bundesrat, Parlament, alle Kantonsregierungen, der Schweizer Gemeindeverband und der Winterthurer Stadtrat empfehlen ein **Ja**.



Thomas Maier
 Präsident glp
 Kanton Zürich



Hans-Jakob Boesch
 Präsident FDP
 Kanton Zürich,
 Kantonsrat



Konrad Langhart
 Präsident SVP
 Kanton Zürich,
 Kantonsrat



Josef Wiederkehr
 Vizepräsident CVP
 Kanton Zürich,
 Kantonsrat



Ernst Stocker
 Regierungsrat SVP,
 Finanzdirektor
 Kanton Zürich



Regine Sauter
 Direktorin Zürcher
 Handelskammer,
 Nationalrätin FDP

12. Februar 2017
 www.steuerreform-zh.ch

Steuerreform Ja

Ermutigung erhalten und weitergeben

Der Verein «Glaube und Behinderung» ist ein überkonfessionelles Angebot



Margrit Wälti
Henggart

Seit einem Jahr hat EVP-Mitglied Susanne Furrer, Krankenpflegerin und Lebensberaterin in Wetzikon, das Präsidium des Vereins «Glaube und Behinderung» inne. Dieser organisiert Angebote für Menschen mit einer Behinderung.

Der Verein wurde 1992 von Ruth Bai-Pfeifer gegründet, ist schweizweit organisiert und pflegt internationale Kontakte. Vereinzelt besuchen sogar Menschen mit Behinderung aus England oder Deutschland die Anlässe. Susanne Furrer organisiert mit ihrem Vorstand zusammen jährlich ein Wochenende und eine Ferienwoche, abwechslungsweise in der Schweiz und im Ausland. Alle zwei Jahre wird ein Familientag

angeboten und eine Fachtagung durchgeführt. Interessierte Fachleute und Betroffene werden mit Themen wie «Wachsen im Leiden» angesprochen.

Die Mitglieder des Vereins kommen aus verschiedenen Landes- und Freikirchen. Sie leben selbst mit einer körperlichen Behinderung oder sind aktiv als Eltern, Kinder, Partner und Freunde. Susanne Furrer hat in einem Heim für Kinder mit Behinderung gearbeitet. Um einen Einblick ins Geschehen des Vereins Glaube und Behinderung zu bekommen, hat sie auf einer Israel-Reise eine Frau mit Multiple Sklerose betreut. Susanne Furrer hat ein Herz für Menschen mit Behinderung und sieht die Notwendigkeit, deren Hindernisse im Alltag zu thematisieren.

Susanne Furrer und ihrem Team ist es ein Anliegen, Menschen mit Behinderung auf ihrem



Susanne Furrer, Mitglied der EVP Wetzikon, ist die neue Präsidentin von «Glaube und Behinderung»

Lebensweg und im Glauben zu ermutigen und sie zu befähigen, anderen diesen Lebensmut weiter zu geben.

EVP Bezirk Horgen: Stabsübergabe im Kantonsrat

Tobias Mani rückt für Johannes Zollinger nach

(ps) Nach 12 Jahren im Amt ist Johannes Zollinger auf Ende 2016 als Kantonsrat zurückgetreten. Für ihn ist der 40-jährige Tobias Mani als 1. Ersatz auf der EVP-Liste nachgerückt. Tobias Mani bringt als ehemaliger Präsident des Gemeinderates Wädenswil (Parlament) politische Erfahrung in sein neues Amt mit.

Tobias Mani ist mit dem linken Zürichseeufer stark verbunden. Geboren und aufgewachsen in Thalwil, wohnt der promovierte Jurist seit 15 Jahren mit seiner inzwischen 6-köpfigen Familie

in Au-Wädenswil. Beruflich ist Tobias Mani bei einer Rechtsschutzversicherung als Teamleiter tätig. In seiner Freizeit engagiert er sich für seine Familie und in der Gemeindeleitung der ETG Au (Freikirche). Im Kantonsrat ist er als Präsident der Justizkommission vorgesehen. Ausserdem will er sich schwergewichtig in Familienpolitik, Bildung und öffentlichem Verkehr einbringen. Auf Johannes Zollinger kommt mit der sich abzeichnenden Fusion von Wädenswil, Hütten und Schönenberg im Stadtrat eine grosse Aufgabe zu. Diese will er als Schulpräsident von Wädenswil mit vollem Engagement angehen.



Tobias Mani (rechts) vertritt anstelle von Johannes Zollinger den Bezirk Horgen am Zürichsee im Kantonsrat

ANZEIGE

Weingerstasse 48
8103 Unterengstringen
Tel 043 455 20 20
info@beutterkuechen.ch

beutterküchenag
myKüche.ch

Seebüel
Hotel • Café • See

CH-7265 Davos Wolfgang
Tel. +41(0)81 410 10 20
www.seebuel.ch

Sommer und Winter in Davos:
Gastfreundschaft à discretion.

Traumhafte Natur direkt am See im Sommer – schneesicher im Winter: Ferien in der familienfreundlichen Atmosphäre des *** Hotels Seebüel sind immer ein unvergessliches Erlebnis.

- alle Zimmer Dusche/WC
- Sommer: gratis Bergbahn
- gratis Bus / WLAN
- vorzügliche Küche

AGENDA

Abstimmungen
12. Februar 2017

Snow-Weekend *jev
24.-26. Februar 2017
Reuti Hasliberg (info@jev.ch)

CH-Q Kompetenzmanagement
16.3., 4.5., 15.6. und 6.7.2017
Zürich (mit Lisette Müller-Jaag, 043 466 60 48)

Top-Aktuelles
22. März 2017, 18.30 Uhr
Rüti, Rest. Sonne, mit alt NR Ruedi Aeschbacher

100. ord. DV EVP ZH
25. März 2017, ab 9.00 Uhr
Pfäffikon ZH mit Festprogramm «100 Jahre EVP Kanton Zürich» und «Volldampf in die Zukunft»

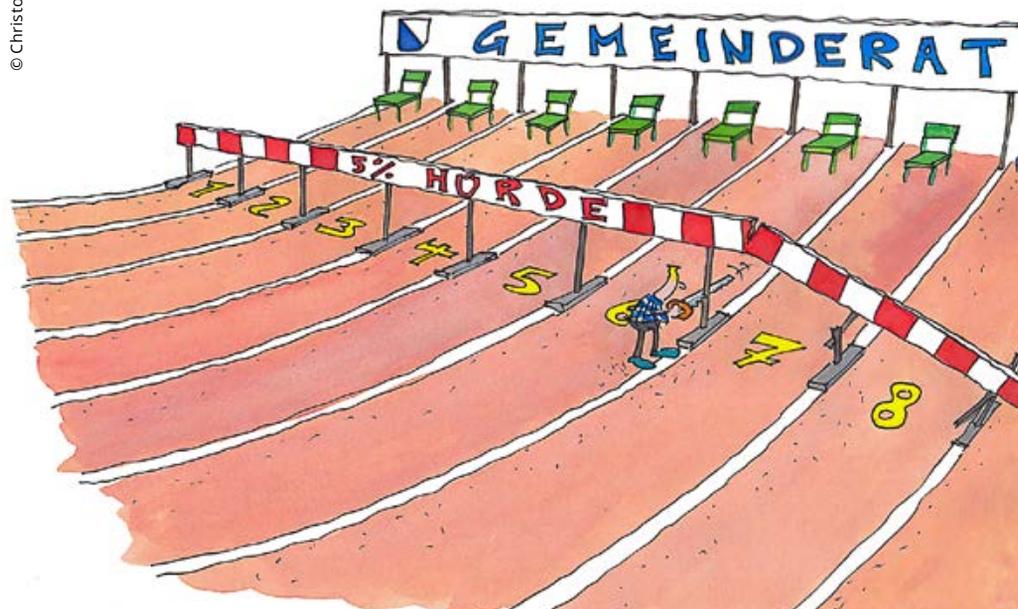
Seniorenachmittag
5. April 2017, 14.00 Uhr
Zürich, EVP-Sekretariat

Stammtisch *jev
25. April 2017, 19.00 Uhr
Zürich, Simplonbar

Weitere Details: www.evpzh.ch (Termine),
sekretariat@evpzh.ch, Telefon 044 271 43 02

CARTOON

© Christoph Heuer



Am 12. Februar wird in der Stadt Zürich über die unselige 5%-Hürde abgestimmt. Jede JA-Stimme für deren Abschaffung sägt an den Pfosten für die zu hohe Latte. Auf dass auch die EVP wieder im Gemeinderat mitwirken kann.

PAROLEN Abstimmungen vom 12. Februar 2017

BUND

JA Erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration

JA Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF)

NEIN Steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreform USR III)

STADT ZÜRICH

JA VI «Faires Wahlrecht für Züri – jede Stimme zählt!» (Abschaffung der 5%-Hürde)

STADT WINTERTHUR

Ersatzwahl in den Stadtrat: Barbara Huizinga-Kauer

Details: www.evpzh.ch (Wahlen/Abstimmungen)

JUNGE MITGLIEDER FÜR DIE EVP GESUCHT!

Die EVP des Kantons Zürich feiert ihr 100-jähriges Bestehen. Zur Mutterpartei gehört auch unsere aktive Jungpartei. Dort brauchen wir dich als Mitglied! Rufe uns an oder schreibe uns.

☎ 044 271 43 02

✉ sekretariat@evpzh.ch

🌐 www.evpzh.ch

Impressum

Redaktion: Peter Reinhard (pr), Kloten. **Redaktionsteam:** Lilian Banholzer (lb), Winterthur, Renato Pfeffer (rp), Richterswil, Arthur Phildius (aph), Volketswil, Peter Ritschard (pri), Zürich, Peter Schächli (ps), Wädenswil, Dominik Schmid (ds), Männedorf, Margrit Wälti (mw), Henggart, Johannes Zollinger (jz), Wädenswil. **Freie Mitarbeitende:** Marianne Streiff, Urtenen BE; Maja Ingold, Winterthur; Mark Wisskirchen, Kloten; Ernst Danner, Zürich; Hanspeter Hugentobler, Pfäffikon; Thomas Ziegler, Elgg; Daniel Sommer, Affoltern a.A.; **Cartoon:** Christoph Heuer, pül cartoons, Zürich. **Herausgeber/Inserate:** EVoPa-Verlag, c/o EVP ZH, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, sekretariat@evpzh.ch, Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03, www.evpzh.ch. **Inserate:** Dominik Schmid, c/o EVP Kanton Zürich, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, inserate@evpzh.ch. **Adressverwaltung:** EVP Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, Tel. 031 351 71 71, info@evppev.ch. **Druck/Versand:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, Postfach, 8021 Zürich 1. **Abonnement:** Einzel CHF 29.80, Gruppen CHF 1.00. Höhere Beiträge werden für zusätzliche Gruppen-Abos verwendet. **Postkonto:** 87-467939-4. **Auflage:** 42 500 Ex.; WEMF-beglaubigt 41 995 Ex. Erscheinungsweise: 4 x jährlich. **Verschiedenes:** Namentlich gezeichnete Artikel, Inserate und Beilagen müssen nicht die Meinung von Redaktion und/oder EVP ZH wiedergeben.

